

Persönlich / Vertraulich

An die Mitglieder der AWK zur Information

Stand: 27. August 2026 / Luc Schnurrenberger

Sitzung der Kommission für Aussenwirtschaftspolitik vom 9. September 2026

Traktandum 4

Freihandelsabkommen und Aussenwirtschaftspolitik

Diese Beilage führt die wichtigsten Freihandels-Prozesse der Schweiz geordnet nach Anfangsbuchstaben des jeweiligen Handelspartners auf. Sie umfasst entweder laufende Verhandlungen – sei es für neue Abkommen oder die Modernisierung bestehender Vereinbarungen – oder bereits fertig verhandelte Abkommen im Ratifikationsprozess. Bereits in Kraft getretene Abkommen sind hier hingegen nicht berücksichtigt.

1 Chile (EFTA / Modernisierung)

1.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen zur Modernisierung des Freihandelsabkommens von 2004 wurden Anfang 2024 erfolgreich abgeschlossen. Der Bundesrat [verabschiedete](#) die Botschaft am 26. Februar 2025, worauf das Parlament das Abkommen im Laufe des Jahres 2025 genehmigte. Das Inkrafttreten steht noch aus und erfolgt, sobald Chile den Ratifikationsprozess abgeschlossen hat.

1.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Mit der Modernisierung werden künftig nahezu alle Schweizer Exporte nach Chile zollbefreit. Das Abkommen wurde inhaltlich erweitert und umfasst neu auch Finanzdienstleistungen sowie Bestimmungen zu kleinen und mittleren Unternehmen und zum elektronischen Handel. Zudem wurden die Ursprungsregeln aktualisiert, der Schutz geistiger Eigentumsrechte – einschliesslich geografischer Angaben – gestärkt und ein modernes Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung aufgenommen.

2 China (bilateral / Optimierung)

2.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen zur Optimierung des bestehenden Abkommens aus dem Jahre 2014 wurden am 23. September 2024 offiziell aufgenommen und am 20. August 2026 nach nur fünf Verhandlungsrunden erfolgreich abgeschlossen. Eine Unterzeichnung vor Ende 2026 wird angestrebt.

Die [SP](#), [Public Eye](#) und die [Grünen](#) haben ein Referendum angedroht, sollten Menschenrechte und grundlegende Arbeitsstandards nicht integraler Bestandteile eines optimierten Freihandelsabkommens sein. Eine allfällige Referendumsabstimmung würde frühestens im Frühjahr 2028 stattfinden. Im Zusammenhang mit der US Section-301-Untersuchung zu angeblich ungenügenden Massnahmen gegen Zwangsarbeit ist weiterer Widerstand zu erwarten.

2.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das Abkommen bringt [konkrete Verbesserungen](#) für Schweizer Unternehmen. Während bisher nur rund die Hälfte der Schweizer Exporte von einem Zugang zum chinesischen Markt profitierten, können künftig

99.8 Prozent der heutigen Schweizer Exporte zollfrei nach China exportiert werden. Die Modernisierung geht über den klassischen Zollabbau hinaus. Das Abkommen enthält Verbesserungen bei den Ursprungsregeln, den Handelserleichterungen, dem Dienstleistungshandel, dem digitalen Handel sowie beim Zugang für Investitionen. Zudem werden die Bestimmungen zu Umweltfragen und Arbeitsrechten ausgebaut und gestärkt.

3 Kosovo (EFTA / neues FHA)

3.1 Aktueller Stand

Das Freihandelsabkommen wurde am 22. Januar 2025 in Davos unterzeichnet. Das Parlament hat in der Frühjahrssession 2026 den Genehmigungsprozess abgeschlossen. Die Referendumsfrist ist abgelaufen, ohne dass ein Referendum ergriffen wurde. Das Abkommens sollte per 1. Oktober 2026 in Kraft treten.

3.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das Abkommen sieht vor, dass Schweizer Exporte in den Kosovo künftig weitgehend zollfrei sind, teilweise mit Übergangsfristen von drei bis fünf Jahre. Das Abkommen schliesst eine bestehende Lücke im Netz der Freihandelsabkommen in der Balkanregion und unterstützt die wirtschaftliche Integration des Kosovo in europäische und internationale Strukturen.

4 Malaysia (EFTA / neues FHA)

4.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurden am 11. April 2025 erfolgreich abgeschlossen und die bundesrätliche Botschaft Ende Januar 2026 dem Parlament [übermittelt](#). Bei der Beratung des Abkommens wurden eine Reihe von links-grünen Forderungen abgelehnt. Diese Forderungen wollten das Abkommen mit Massnahmen zur Durchsetzung von Verstössen gegen Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels ergänzen. Das Abkommen wurde in der Sommersession 2026 verabschiedet.

Eine Allianz aus SP, Grünen und NGO wie Public Eye [lancierte am 30. Juni 2026](#) die Stimmensammlung für ein Referendum. Das Referendumskomitee konzentriert sich vor allem auf drei Kritikpunkte: Abholzung im Zusammenhang mit Palmöl, Zwangsarbeit, und negative Konsequenzen der Bestimmungen über geistiges Eigentum auf Saatgut/Medikamente. Die Referendumsfrist läuft am [8. Oktober 2026](#) ab. Bei Zustandekommen eines Referendums wäre der frühestmögliche Abstimmungstermin somit am 28. Februar 2027. Auch eine Abstimmung am 6. Juni 2027 bleibt möglich – dann allenfalls gemeinsam mit dem FHA Mercosur (siehe weiter unten).

4.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das Abkommen schafft die Grundlage für eine [Vertiefung von Handel und Investitionen](#). Für die EFTA ist dies ausserdem das erste Abkommen mit Marktzugangsverpflichtungen für das öffentliche Beschaffungswesen, das mit einem Partner in Asien abgeschlossen wurde, der nicht Mitglied des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) ist. Malaysia ist als rohstoffreiches Land und bedeutender Akteur in der Elektronik- und Halbleiterindustrie besonders relevant für die Schweizer Exportwirtschaft. Das Abkommen enthält verbindliche Bestimmungen zu Menschenrechten sowie zum Arbeits- und Umweltschutz. Beim Palmöl wird der Marktzugang an Nachhaltigkeitsanforderungen geknüpft. Nichtsdestotrotz dürfte diese Diskussion im Fall eines Referendums herausfordernd sein.

5 Mercosur (EFTA / neues FHA)

5.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten konnten am 2. Juli 2025 abgeschlossen werden. Der Bundesrat hat die Botschaft im Februar 2026 dem Parlament zur Genehmigung [vorgelegt](#). Der Nationalrat hat das Abkommen in der Sommersession mit 96 zu 86 Stimmen und neun Enthaltungen abgelehnt. Dies, weil zuvor flankierende Massnahmen für die Bauern sowie die Übernahme der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) abgelehnt worden waren. In der Herbstsession kommt nun der Ständerat

zum Zug. Heisst er das Abkommen gut, wird sich der Nationalrat ebenfalls in der Herbstsession ein zweites Mal damit befassen.

Die Grünen führen bereits eine explizite [Anti-Mercosur-Kampagne](#) (inkl. Petition). Public Eye [erachtet](#) den Schutz für Mensch und Umwelt als ungenügend und verlangt vom Parlament Korrekturen, [ebenso](#) die SP. Der Schweizer Bauernverband (SBV) [verlangt](#) wegen Konzessionen zulasten der einheimischen Landwirtschaft substanzielle Begleitmassnahmen. Sollte die parlamentarische Genehmigung des Abkommens in der Herbstsession 2026 erfolgen, wäre bei Zustandekommen eines Referendums eine Volksabstimmung frühestens am 6. Juni 2027 möglich.

5.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das Mercosur-Abkommen verschafft der Schweiz Zugang zu einem strategisch wichtigen Markt mit über 270 Millionen Einwohnern und stärkt diversifizierte Lieferketten. Der Abbau von Zöllen für über 97 Prozent der Schweizer Exporte verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ein rasches Inkrafttreten verhindert Wettbewerbsnachteile gegenüber der EU, welche seit 1. Mai 2026 ein eigenes Abkommen mit Mercosur vorläufig anwendet.

Der nationalrätliche Entscheid vom Juni droht die Inkraftsetzung eines für die Schweizer Wirtschaft wichtigen Abkommens unnötig zu verzögern. Beide Räte sollen das Abkommen daher nun rasch genehmigen. Die Wirtschaft ist darüber hinaus der Ansicht, dass die Anliegen der Landwirtschaft im Rahmen der Motion [26.3525](#) zur Kompensation von Absatzrückgängen im Agrarbereich berücksichtigt werden sollen. Zusätzliche EUDR-ähnliche Auflagen würden hingegen im Rahmen dieses Abkommens keinen erkennbaren Mehrwert schaffen. Mehr Informationen finden sich in unserem [dossierpolitik](#).

6 Mexiko (EFTA / Modernisierung)

6.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen zur Modernisierung wurden im Jahr 2016 aufgenommen, kamen jedoch 2017 aufgrund unterschiedlicher Positionen – insbesondere im Agrarbereich – zum Stillstand. Im Rahmen einer Wirtschaftsmission von Anfang Juli 2026 haben sich die Schweiz und Mexiko geeinigt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und zeitnah abzuschliessen.

6.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Mexiko ist der zweitgrösste Wirtschaftspartner der Schweiz in Lateinamerika und für viele Schweizer Unternehmen ein wichtiges Sprungbrett für Exporte in die Region und in die USA. Eine Modernisierung des seit 2001 bestehenden Freihandelsabkommens würde Handelshemmnisse abbauen, den Handel weiter diversifizieren und neue Chancen für die Schweizer Wirtschaft schaffen.

7 Singapur (EFTA / neues Digitalabkommen)

7.1 Aktueller Stand

Das Abkommen betreffend den digitalen Handel zwischen den EFTA-Staaten und Singapur wurde am 25. September 2025 in Bern [unterzeichnet](#). Am 13. Mai 2026 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Abkommen [gestartet](#). economiesuisse hat seine Mitglieder konsultiert und wird Ende August 2026 eine unterstützende Stellungnahme einreichen.

7.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das Abkommen stärkt den freien Datenfluss, schafft Rechtssicherheit und fördert den digitalen Handel, insbesondere durch den Verzicht auf Zölle auf elektronische Übertragungen.

8 Thailand (EFTA / neues FHA)

8.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen wurden im November 2024 abgeschlossen. Nach der Genehmigung durch beide Räte in der Frühjahrssession 2026 wird ein Inkrafttreten per 1. Januar 2027 erwartet.

8.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Unter dem Abkommen werden für 99.7 Prozent der heutigen Schweizer Ausfuhren nach Thailand Zollerleichterungen gelten, teilweise mit Übergangsfristen. Das Abkommen entspricht weitgehend den neueren mit Drittstaaten abgeschlossenen FHA der EFTA. Es weist einen breiten sektoralen Geltungsbereich auf und enthält spezifische Bestimmungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

9 Ukraine (EFTA / Modernisierung)

9.1 Aktueller Stand

Der Modernisierungsprozess wurde im Dezember 2024 abgeschlossen. Beide Räte haben das Abkommen bereits genehmigt. Die Referendumsfrist läuft bis 8. Oktober 2026. Sofern diese, wie zu erwarten ist, ungenutzt verstreicht, ist ein Inkrafttreten per 1. Januar 2027 möglich.

9.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Mit dem modernisierten Abkommen wird der Handel mit Industrieprodukten vollständig liberalisiert. Darüber hinaus profitieren zahlreiche landwirtschaftliche Erzeugnisse neu von Präferenzbehandlungen, sodass nahezu alle entsprechenden Schweizer Exporte in die Ukraine begünstigt werden.

10 Vereinigtes Königreich (bilateral / Modernisierung)

10.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen für die Modernisierung des nach dem Brexit in Kraft getretenen bilateralen Freihandelsabkommen wurden im Juni 2026 materiell abgeschlossen. Die Abkommenstexte werden derzeit rechtlich bereinigt und eine Unterzeichnung soll noch 2026 erfolgen.

10.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das bestehende Abkommen sichert nach dem Brexit weitgehend die bisherigen Handelsbeziehungen im Sinne des «mind the gap»-Ansatzes.

11 Vereinigte Staaten

11.1 Aktueller Stand

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und den USA über ein Handelsabkommen laufen weiter. Grundlage bildet das Joint Statement vom 14. November 2025. Der Bundesrat strebt ein Verhandlungsergebnis an, das die Wirtschaftsbeziehungen unabhängig der rechtlichen und politischen Entwicklungen in den USA längerfristig zufriedenstellend regelt. Am 29. Juni 2026 hat der Bundesrat in einer einseitigen [Erklärung](#) bekräftigt, neben dem bereits erfolgten Abbau von Importzöllen auf einer Reihe von US-Produkte auch weitere Elemente des Joint Statements umzusetzen. Konkret geht es um die vereinfachte Anerkennung von US-Normen in den Bereichen Konformitätsbewertungsstellen, Medizinprodukte und Personenwagen sowie um das öffentliche Beschaffungswesen.

Am 24. Juli 2026 hat die US-Administration gegenüber 60 Handelspartnern im Rahmen einer Section-301-Untersuchung zu angeblich ungenügenden Massnahmen gegen Zwangsarbeit neue [Strafzölle](#) eingeführt. Für Schweizer Importe gilt neu ein Zusatzzoll von 12.5 Prozent.¹ Diese neuen Zölle ersetzen die seit dem 24. Februar 2026 geltenden pauschalen Zusatzzölle von 10 Prozent auf Grundlage von Section 122 des Trade Act. Zahlreiche Produktkategorien (z.B. zivile Flugzeuge, Pharmazeutika und Gold) sind von den neuen Zusatzzöllen ausgenommen.

Die bisher bestehenden, sektoriellen Zusatzzölle auf Basis von Section 232 (z.B. Stahl und Aluminium, Autos und Autoteile) sind weiterhin fällig und werden mit den Strafzöllen der Section 301 nicht kumuliert. Für US-Pharmaimporte aus der Schweiz wird seit dem 31. Juli 2026 ein maximaler Zusatzzoll von 15 Prozent erhoben, basierend auf Section 232. Es gelten jedoch diverse Produktausnahmen und

¹ Für alle Produkte mit einem Meistbegünstigungssatz (MFN) von weniger als 12.5 Prozent gilt künftig der Section-301-Zollsatz. Bei Produkten mit einem MFN-Zollsatz von über 12.5 Prozent bleibt der höhere MFN-Zollsatz bestehen.

firmenspezifische Regelungen, die eine Einfuhr von Pharmazeutika zu reduzierten oder keinen Zusatzzöllen ermöglichen. Damit halten sich die USA an das [Joint Statement vom 14. November 2025](#).

Neben der Untersuchung bezüglich Zwangsarbeit hat die US-Administration auch eine zweite Untersuchung im Rahmen der Section 301 betreffend angebliche Überkapazitäten in der industriellen Produktion und deren Ursachen gegenüber einer Reihe von Staaten (darunter auch die Schweiz) eingeleitet. Die Resultate wurden noch nicht veröffentlicht und es ist derzeit kein Publikationsdatum bekannt.

Die aktuellen Entwicklungen finden Sie in unserem News-Ticker «[Handelspolitik Trump 2.0](#)».

11.2 Wirtschaftliche Einschätzung

economiesuisse weist den Vorwurf der Zwangsarbeit entschieden zurück. Es gibt keine Hinweise, dass Schweizer Lieferketten für den Transport von Waren aus Zwangsarbeit in die USA genutzt werden. Zwangsarbeit ist in der Schweiz verfassungs-, zivil- und strafrechtlich verboten. Zudem hat die Schweiz die relevanten ILO-Konventionen ratifiziert und die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umgesetzt. Die Wirtschaft erachtet den Zollentscheid vom 24. Juli 2026 von 12.5 Prozent daher weder als nachvollziehbar noch gerechtfertigt. Zwar halten sich die USA damit derzeit an die im Joint Statement vereinbarte Obergrenze von 15 Prozent, die Unsicherheit für Schweizer Unternehmen bleibt jedoch bestehen.

Zusätzliche Zollbelastungen aus der laufenden US-Untersuchung zu industriellen Überkapazitäten sind weiterhin möglich und müssen unbedingt verhindert werden. Die Schweizer Wirtschaft braucht einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zum wichtigen US-Markt sowie langfristige Rechts- und Planungssicherheit. Die Aushandlung eines rechtlich verbindlichen Handelsabkommens mit den USA bleibt für die Wirtschaft daher weiterhin zentral. Ziel muss sein, die Benachteiligung gegenüber der EU und weiteren Mitbewerbern zu beseitigen und weitere handelspolitische Unsicherheiten zu verhindern.

12 Vietnam (EFTA / neues FHA)

12.1 Aktueller Stand

Nach einer längeren Phase mit begrenztem Fortschritt hat der Verhandlungsprozess seit Herbst 2025 deutlich an Dynamik gewonnen. Am 2. Juli 2026 gaben die EFTA-Länder und die vietnamesische Regierung den erfolgreichen Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens bekannt. Eine Unterzeichnung des Abkommens soll im Oktober 2026 stattfinden. Danach beginnt der parlamentarische Genehmigungsprozess. Eine allfällige Referendumsabstimmung würde frühestens im Frühjahr 2028 stattfinden, zumal aufgrund der nationalen Parlamentswahlen im Oktober 2027 kein Abstimmungstermin angesetzt wird.

12.2 Wirtschaftliche Einschätzung

Das Abkommen baut bestehende Wettbewerbsnachteile gegenüber der EU und dem Vereinigten Königreich ab, die bereits über Freihandelsabkommen mit Vietnam verfügen. Durch den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen können Schweizer Unternehmen ihre Marktposition deutlich stärken und vom wachsenden vietnamesischen Markt profitieren. Die Bedürfnisse im Infrastruktur- und Cleantech-Bereich bieten für die Schweiz grosse Chancen. Vietnam gilt mit seinem starken Wirtschaftswachstum als attraktiver Zukunftsmarkt und wichtiger Standort in globalen Wertschöpfungsketten. Eine [rasche Unterzeichnung und Bewilligung im Parlament](#) ist entscheidend.